

Schulbau in Kiel anpacken!

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33

In unserer Landeshauptstadt Kiel besuchen aktuell ca. 33.000 Kinder und Jugendliche sowie Erwachsene eine öffentliche Schule. Derzeit betreibt die Stadt Kiel 53 Schulen plus vier Regionale Berufsbildungszentren (RBZ). Davon sind 23 Schulen denkmalgeschützt. Weitere zehn Schulen werden als schützenswert eingestuft.

Ein Schulgebäude kann als zeitgemäß funktional gelten, wenn sie sich in einem baulich grundsätzlich guten Zustand befindet, energetisch saniert sowie digital zukunftsfähig und möglichst barrierefrei ist. Von den Kieler Schulen in Kiel gelten demgemäß 45 Schulen als ‚unzeitgemäß‘, weil für sie entweder ein Neubau oder eine Komplettsanierung ansteht. Das sind rund 79%!

Dieser völlig inakzeptabel und einer Landeshauptstadt unwürdige Sachstand ist einer desolaten und vor allem mangelnden vorausschauenden Investitionspolitik geschuldet. Der Sanierungsbedarf hat sich auf mittlerweile 600 Millionen Euro angestaut. Die Summe von 600 Mio. Euro ist eine durch die Verwaltung berechnete Summe der erforderlichen Sanierungen–Neubauten von Klassenräumen oder kompletten Schulen ist in dieser Summe nicht erfasst.

Leider bietet das von der Stadtverwaltung unlängst herausgegebene Papier ‚Kiel macht Schule‘ kaum nennenswerte Perspektiven. Insbesondere werden in dem Papier keine Ziele und Maßnahmen benannt, wie der Sanierungsstau abgebaut wird. Das Papier beschreibt alleine verwaltungsorganisatorische Prozesse aber keine politischen Maßnahmen, um den Schulbau in Kiel nach vorne zu bringen.

Das prinzipielle Festhalten an der Verantwortlichkeit der Immobilienwirtschaft – wenn auch mit eigener Abteilung – wird nicht erfolgreich sein. Sowohl finanzielle als auch personelle Defizite prägen den Schulbau in Kiel seit Jahrzehnten. Die Immobilienwirtschaft ist dieser Aufgabe strukturell einfach nicht gewachsen. Die Kieler Stadtverwaltung muss der Ratsversammlung eigenständig konkrete Vorschläge zum Abbau des Sanierungsstaus machen. Über diese Vorschläge kann dann im Schulausschuss und in der Ratsversammlung in der Folge entschieden werden.

Die Größe des Problems im Thema ‚Schulbau‘ macht es notwendig, dass das Thema zur Chefsache wird. (Der Oberbürgermeister muss sich persönlich um das Thema kümmern.) In den vergangenen

34 sieben Jahren hat sich die Situation um den Zustand der Kieler Schulen weiter verschlechtert.
35 Unklare Zuständigkeiten zwischen den Dezernaten der Kieler Stadtverwaltung haben nicht zur
36 Problemlösung beigetragen. Lösungswege aus dem Investitionsdilemma müssen sich am
37 erforderlichen Investitionsvolumen und an der planerischen und baulichen Umsetzbarkeit
38 orientieren. Moderne Schulgebäude sind eine, wenn nicht sogar die wichtigste Investition in die
39 Zukunft unserer Kinder.

40

41 Lippenbekenntnisse für starke Bildung helfen nicht mehr weiter. Wir brauchen daher mutige
42 Schritte. Das gilt sowohl für den baulichen Investitionsstau als auch beim Thema Digitalisierung,
43 was uns auch in der Pandemie deutlich geworden ist. Die CDU Kiel fordert eine Halbierung des
44 Investitionsstaus in den nächsten zehn Jahren. Dazu sind jährliche Investitionen von mindestens
45 30 Millionen Euro durch die Stadt Kiel notwendig, ergänzt um zusätzliche Mittel der Bundes- und
46 Landesförderungen. Dabei müssen wir auch die Fördermittel des Bundes und des Landes
47 vollständig ausschöpfen und anders als in der Vergangenheit, auf die Antragstellung von
48 Sonderförderprogrammen (z.B. Lärmschutz) vorbereitet sein. Daneben kann privates Kapital über
49 ÖPP-Projekte bei der Bewältigung des Sanierungsstaus sehr hilfreich sein. Hier müssen die
50 Bemühungen ausgebaut werden.

51

52 Dabei geht es auch um die denkmalgeschützten ‚Schröder‘-Schulen. Sie sind baulich den
53 Anforderungen an moderne Konzepte nicht mehr gewachsen und zudem überwiegend
54 Sanierungsfälle. Um dem Denkmalschutz Rechnung zu tragen, kann der Erhalt von zwei
55 ‚Beispielschulen‘ dienen. Hier muss die Stadt Kiel gegenüber dem Denkmalschutz eindeutig
56 auftreten und deutlich machen, dass die flächendeckende Sanierung von Schulen in Kiel aus
57 Gründen der Zukunftsfähigkeit die höhere Priorität gegenüber dem Denkmalschutz eingeräumt
58 werden müsste.

59

60 Von den 53 Kieler Schulen sind etwa 70% mit einem annähernd flächendeckenden WLAN
61 ausgestattet. Dienstrechner für Lehrkräfte stehen trotz ‚DigitalPakt Schule‘ im Gegensatz zu
62 anderen Kreisen in Schleswig-Holstein nicht zur Verfügung. Der von den Schulen angemeldete
63 Bedarf an Endgeräten für Schülerinnen und Schüler ist zu etwa 50% gedeckt. Mit der Beschaffung
64 von Endgeräten ist es jedoch nicht getan. Die zaghaften Anfänge einer IT-Begleitung stehen in
65 keinem Verhältnis zur tatsächlichen Notwendigkeit. Die Stadt Kiel muss ihren Pflichten als
66 Schulträger nachkommen und ein einheitliches Digitalisierungskonzept sowie eine
67 Medienplanung für die Kieler Schulen auf den Weg bringen. Es muss sichergestellt werden, dass

68 es eine standardisierte Ausstattung aller Schulen mit Hard- und Software gibt, das Thema
69 Endgeräte für Schülerinnen und Schüler aus prekären Verhältnissen sowie für Lehrkräfte gelöst
70 und eine Wartung der Geräte durch IT-Administratoren sichergestellt wird.

71

72 Für die CDU Kiel stehen jetzt folgende Punkte am dringendsten auf der Agenda:

73

- 74 • Die Erstellung einer klaren Prioritätsliste sowie eine zeitliche Planung der anstehenden
75 Schulbaumaßnahmen sowohl für die Sanierung als auch den Neubau,
- 76 • Eine kurzfristige Einrichtung eines Budgets für Reparaturen und kleinere
77 Sanierungsmaßnahmen für die einzelnen Schulen,
- 78 • eine Erhöhung des jährlichen Investitionsvolumens der Stadt Kiel auf 30 Millionen Euro
79 plus zusätzliche Mittel durch etwaige Bundes- und Landesförderungen,
- 80 • Fremdvergabe von Planung, Sanierungen und Bau (z.B. Komplettvergabe in
81 Modulbauweise)
- 82 • das Vorantreiben der Digitalisierung durch Verbesserung der Gerätesituation, der
83 Infrastruktur und der Betreuung durch IT-Kräfte,
- 84 • die Prüfung von ÖPP-Projekten (Öffentlich-Privaten Partnerschaften) und

85

86 Darüber hinaus ist die Gründung einer Schulbaugesellschaft ernsthaft zu prüfen. Diese wäre für
87 Bau, Sanierung und Erhaltung der Schulbauten verantwortlich.

88

89 Ratsfraktion und Kreispartei werden aufgefordert, die Umsetzung der inhaltlichen Schwerpunkte
90 dieses Beschlusses sowohl auf der „parlamentarischen Schiene“ u.a. mit großen und kleinen
91 Anfragen sowie Anträgen in Rat, Ausschüssen und Beiräten als auch in der Kreispartei unter
92 Einbezug von Schülern, Eltern und Lehrern voranzutreiben.